

Mitteilung – zur Kenntnisnahme –

**Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterentwickeln (II) –
Geschichtsdokumentation und Forschung**

Drucksachen 17/1683 und 17/1991 – Schlussbericht –

Senatsverwaltung für Arbeit,
Integration und Frauen
- LADS 3 -
Tel.: 9028 (928) - 1876

An das
Abgeordnetenhaus von Berlin
über Senatskanzlei - G Sen -

Mitteilung

- zur Kenntnisnahme -
über Initiative für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt weiterentwickeln (II) – Geschichtsdokumentation und Forschung
- Drucksachen Nr. 17/1683 und 17/1991 - Schlussbericht -

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen legt nachstehende Mitteilung dem Abgeordnetenhaus zur Besprechung vor:

Das Abgeordnetenhaus hat in seiner Sitzung am 15.1.2015 Folgendes beschlossen:

- „a) Der Senat strebt in Kooperation mit der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld die Wiedereinrichtung eines Magnus-Hirschfeld-Instituts an. Das Abgeordnetenhaus unterstützt hierzu die Entwicklung und Umsetzung eines engen Verbunds der diversen in Berlin vorhandenen Archive mit Lesben, Schwulen, Bi-, Trans- und Intersexuelle (LSBTI)-Bezug. Hierbei soll mit der Gesellschaft, Universitäten und anderen Institutionen kooperiert werden. Das Abgeordnetenhaus fordert den Senat auf, Unterstützungsmöglichkeiten für die berlinbezogene LSBTI-Geschichtsforschung zu prüfen und zu initiieren, z.B. bei der Suche nach einer geeigneten Immobilie für den ange strebten Archivverbund.
- b) Der Senat fördert die Verfestigung der Arbeit des Gremiums für die historische Aufarbeitung juristischer Verfolgung Homosexueller und Diskriminierung nicht heterosexueller Lebensweisen. Gleichzeitig sollte Forschung Facetten von LSBTI Kultur aufzeigen. Das im August 2012 eingerichtete „Koordinierungsgremium zur Geschichte von Lesben, Schwulen und transgeschlechtlichen Menschen“ ist ein wichtiger und richtiger Schritt. Das Land wirkt darauf hin, dass die Forschenden unbürokratisch Akteneinsicht bei den betroffenen Institutionen erhalten und unterstützt die Forscher/-innen bei der Sichtung der Akten.
- c) Auf Bundesebene setzt sich der Senat weiterhin für die Rehabilitierung der zwischen 1945 und 1994 nach §175 Verurteilten ein.

- d) Der Senat setzt sich dafür ein, dass das Koordinierungsgremium die Lebensverhältnisse und Diskriminierung (lesbischer/bisexueller) Frauen in der historischen Aufarbeitung gleichermaßen berücksichtigt.
- e) Angesichts des zunehmenden Alters der Zeitzeugen/Zeitzeuginnen hat ein Forschungsprojekt zur Zeitzeugen/-Zeitzeugenbefragung hohe Priorität. Die Ergebnisse aus Forschungsarbeit und Befragung von Zeitzeugen müssen gesichert und systematisiert werden.
- f) Zur Pflege von Stelen und Denkmälern von Persönlichkeiten aus der LSBTI-Community ist bei den im Bündnis gegen Homophobie engagierten Unternehmen anzufragen, inwieweit sie sich an den Kosten beteiligen werden.
- g) Der Senat gibt eine Studie zur aktuellen Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Jugendlichen in Berlin in Auftrag, die zudem die verschiedenen Dimensionen der Mehrfachdiskriminierung berücksichtigt. Dabei sind auch die Ergebnisse der bundesweiten Studie zu LSB-Jugendlichen, die die Bundesregierung beim Deutschen Jugendinstitut in Auftrag gegeben hat, zu evaluieren und einzubeziehen.
- h) Der Senat verstärkt seine konzeptionelle und finanzielle Unterstützung für die Koordinierung und Realisierung von Forschungs-, Dokumentations- und Bildungsmaßnahmen, u.a. für weitere Interviews im Rahmen des Zeitzeug/inn/en-Projekts „Archiv der anderen Erinnerungen“ und die Systematisierung der Ergebnisse dieses Projekts.
- i) Zur geschichtswissenschaftlichen „Beweissicherung“ ist alles zu unternehmen, um alle noch nicht vernichteten Justiz- und anderen diesbezüglichen Akten im Bestand des Landes Berlin umfassend zu sichten, zu sichern und für die Forschung zu erschließen, u.a. im Berliner Landesarchiv, im Polizeiarchiv, im Psychiatriearchiv des Instituts für Geschichte der Medizin in der Charité sowie in Archiven und Museen der Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegung.“

Hierzu wird berichtet:

Die Umsetzung des o.g. Beschlusses zur Weiterentwicklung der Initiative „Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller Vielfalt (ISV)“ wurde vom Senat im Berichtszeitraum begonnen. Die Umsetzung des Beschlusses knüpft an erhebliche Vorarbeiten an, die in den Vorjahren geleistet wurden. Zum Stand der Umsetzung und der Planung zu den einzelnen Beschlusspunkten ist Folgendes zu berichten:

a) Wiedereinrichtung eines Magnus-Hirschfeld-Instituts, Unterstützung der berlinbezogenen LSBTI-Forschung und der Stärkung eines Verbundes von LSBTI-Archiven:

Hierzu sind einzelne Archive sowie die Initiative Queer Nations e.V. mit dem Ziel des Aufbaus eines „Queeren Geschichtshauses“ an den Senat herangetreten. Im Februar wurde das Vorhaben in einem Beratungsgespräch mit der für LSBTI-Belange zuständigen Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen erörtert. Für 2016 ist – vorbehaltlich der Beschlussfassung des Berliner Abgeordne-

tenhauses über das Haushaltsgesetz 2016/2017 – die Förderung einer Machbarkeitsstudie zu diesem Vorhaben geplant.

b) Verstetigung des Koordinierungsgremiums „Geschichte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen erforschen und dokumentieren! (LSBTI-Geschichte)“:

Das Gremium tagt unter Leitung der Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) seit August 2012 regelmäßig. Die Vernetzung verschiedenster Institutionen und Aktivitäten im Themenfeld „LSBTI-Geschichte“ ist gelungen. Aus dem Arbeitszusammenhang des Gremiums sind zahlreiche Aktivitäten entstanden und erfolgreich etabliert worden. Darüber hinaus dient es der Transparenz aller Maßnahmen, die der Senat zur Stärkung des Handlungsfeldes „Geschichte von LSBTI erforschen und dokumentieren“ im Zusammenhang der Fortführung und Weiterentwicklung der Initiative „Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ durchführt. Neben den vom Senat begleiteten wurden weitere Maßnahmen zur LSBTI-Geschichte von zivilgesellschaftlichen Gruppen initiiert und durchgeführt, z.B. das Karl-Heinrich-Ulrichs-Jahr 2014, die Ausstellung „Homosexualität_en“ im Deutschen Historischen und im Schwulen* Museum und der Wettbewerb für das Denkmal zur Homosexuellen-Emanzipationsgeschichte. Das siebente Treffen des Koordinierungsgremiums fand am 12.11.2015 statt. Für 2016/2017 ist – vorbehaltlich der Beschlussfassung über das Haushaltsgesetz 2016/2017 – die Fortführung des Gremiums vorgesehen.

c) Rehabilitierung der nach § 175 zwischen 1945 und 1994 Verurteilten.

Das Land Berlin hat am 28. April 2015 erneut einen Entschließungsantrag für Maßnahmen zur Rehabilitierung und Unterstützung der nach 1945 in beiden deutschen Staaten wegen einvernehmlicher homosexueller Handlungen Verurteilten im Bundesrat eingebracht, der am 10. Juli in leicht geänderter Fassung angenommen wurde. Damit wird die Bundesregierung aufgefordert, ein Gesetz zur Rehabilitierung vorzulegen mit dem Ziel, dass die Verurteilungen aufgehoben und die ihnen zugrundeliegenden Strafverfahren eingestellt werden (BR-drs. 189/15).

d) Berücksichtigung lesbischer und bisexueller Frauen in der historischen Aufarbeitung:

Zur Berücksichtigung lesbischer und bisexueller Frauen in der historischen Aufarbeitung hat der Senat eine Expertise erstellen lassen und in einer Broschüre veröffentlicht: Dr. Christiane Leidinger: Lesbische Existenz 1945 – 1969. Aspekte der Erforschung gesellschaftlicher Ausgrenzung und Diskriminierung lesbischer Frauen, mit Schwerpunkt auf Lebenssituationen, Diskriminierungs- und Emanzipationserfahrungen in der frühen Bundesrepublik.“(Nummer 34 in der Reihe „Dokumenten des Fachbereichs für die Belange von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans- und intergeschlechtlichen Menschen. November 2015. Bezug: broschuerenstelle@senaif.berlin.de; online:

<http://www.berlin.de/lb/ads/schwerpunkte/lbti/materialien/schriftenreihe/>).

Zu den in der Expertise benannten Forschungsdesideraten ist für 2016 eine Fachrunde geplant. Geplant sind Expertisen zum Forschungsstand bezogen auf die DDR sowie zur Erforschung der Lebenssituationen und Diskriminierungserfahrungen transgeschlechtlicher Menschen.

e) Priorität eines Forschungsprojektes zur Zeitzeuginnen- und Zeitzeugenbefragung:

Von der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld wurde Ende 2013 das Projekt „Archiv der anderen Erinnerungen“ initiiert. Bisher wurden biografische Interviews mit sechs homosexuellen Männern, drei lesbischen Frauen und einer transge-

schlechtlichen Frau durchgeführt. Die professionell-wissenschaftliche Herangehensweise sowie die Sicherung und Systematisierung der Ergebnisse sind integraler Bestandteil des Projekts und liegen in der Verantwortung der Bundesstiftung. Das Land Berlin fördert derzeit ein Teilprojekt, das die Durchführung und Dokumentation von berlinbezogenen Interviews umfasst.

f) Schaffung weiterer Gedenkorte der LSBTI- Kultur:

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen hat im Mai 2015 die Broschüre „Personlichkeiten in Berlin 1825 – 2006. Lesben, Schwule, Bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche Menschen“ veröffentlicht. Damit gibt sie Anregungen für die Würdigung von und das Gedenken an weitere Personen, die in Berlin lebten und wirkten und in engem Bezug zur Geschichte der Lesben, Schwulen, Bisexuellen sowie trans- und intergeschlechtlicher Menschen (LSBTI) standen. Am 19.11.2015 findet im Deutschen Historischen Museum eine Informations- und Diskussionsveranstaltung statt, bei der einzelne dieser Personlichkeiten vorgestellt und Aspekte einer angemessenen, auch kritischen – Würdigung erörtert werden. Teilnehmende sind u.a. Verantwortliche aus den Bezirken, z.B. aus den Gedenktafelkommissionen als auch Mitglieder des Bündnisses gegen Homophobie.

Am 16.11.2015 wurde in Berlin Mitte ein Stolperstein für die Berliner Straßenbahnschaffnerin Elli Smula gesetzt, die als lesbisch denunziert, verhaftet und ins KZ Ravensbrück deportiert wurde, wo sie 1943 ermordet wurde.

g) Studie zur Lebenssituation von LSBTI-Jugendlichen und Mehrfachdiskriminierung:

Vorbehaltlich des Beschlusses des Abgeordnetenhauses über das Haushaltsgesetz 2016/2017 erfolgt eine Ausschreibung der Studie zu Beginn des Jahres 2016. Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft hat entsprechende Mittel eingestellt. Die im Auftrag der Bundesregierung vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführte Studie zu LSB-Jugendlichen wurde am 06. November 2015 der Fachöffentlichkeit vorgestellt. Sobald die Ergebnisse verfügbar sind, werden diese nach Möglichkeit bei der Beauftragung und beim Studiendesign eingezogen.

h) Verstärkung der Unterstützung von Forschungs-, Dokumentations- und Bildungsmaßnahmen sowie weiterer Zeitzeuginnen-/ Zeitzeugeninterviews:

Eine konzeptionelle Unterstützung für die Koordinierung von Forschungs- und Dokumentationsmaßnahmen von Seiten des Senats erfolgt im Rahmen des unter b) genannten Koordinierungsgremiums.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft unterstützt Projekte zur Geschichtsbildung, z. B. das Bildungsprojekt „Queer History Month“ mit dem Portal

www.queerhistory.de, auf dem Unterrichtseinheiten und historische Stadtspaziergänge bereitgestellt werden. Die Unterrichtseinheiten wurden am Friedrich-Meinecke-Institut für Didaktik der Geschichte der Freien Universität Berlin im Rahmen von Seminaren von Studierenden erstellt und im Unterricht erprobt.

i) Geschichtswissenschaftliche Beweissicherung:

Die Senatsverwaltung für Arbeit, Integration und Frauen arbeitet derzeit in Kooperation mit Partnerinnen und Partnern des Archivwesens an der Entwicklung eines Leitfadens für Archivarinnen und Archivare, der das Ziel hat, relevante Bestände zu identifizieren, zu sichern und für die Forschung zu erschließen.

Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung (Überblick nach § 10 Abs. 1 Satz 1 LHO):

Die Realisierung der bereits durchgeführten und begonnenen in diesem Bericht genannten Maßnahmen erfolgt im Rahmen der Haushaltsdurchführung 2015 sowie der Haushaltsansätze für den Doppelhaushalt 2016/2017, vorbehaltlich des Beschlusses des Berliner Abgeordnetenhauses zum Haushaltsgesetz 2016/2017.

Berlin, den 19. November 2015

Dilek Kolat
Senatorin für Arbeit,
Integration und Frauen